

Pressemitteilung

Nr. 307/2022 Potsdam, 21. September 2022

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Pressestelle

Dortustraße 36 14467 Potsdam

Sprecher: Stephan Breiding Telefon: 0331 – 866 4566 Mobil: 0171 – 837 5592

E-Mail: presse@mwfk.brandenburg.de
Internet: mwfk.brandenburg.de
Twitter: https://twitter.com/mwfkbrb

Gemeinsam für die Kultur in der Energiekrise

Brandenburgs Kulturministerin Schüle begrüßt Beschlüsse nach Spitzengespräch von Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden

Brandenburgs Kulturministerin **Manja Schüle** begrüßt die heutigen Beschlüsse nach dem Spitzengespräch von Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden zu den Auswirkungen der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise: "Die explodierenden Energiepreise aufgrund des russischen Angriffskrieges treffen Theater und Konzertveranstalter, Museen und Galerien hart. Ich freue mich, dass unsere gemeinsame Forderung mit Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen Früchte getragen hat: Der Bund wird die Mittel aus dem 'Kulturfonds Energie' dem gesamten Kulturbereich zur Verfügung stellen: privaten wie öffentlich getragenen Kultureinrichtungen. Das ist eine gute Nachricht für alle Kultur-Akteure. In dieser Zeit der Unsicherheit und Verunsicherung brauchen wir mehr denn je Kreativität und Inspiration, Räume für Begegnung und Austausch, Angebote der Solidarität und des Zusammenhalts. Kurz: Wir brauchen Kultur und die Kultur braucht uns. So geht Solidarität."

Bund und Länder haben heute **kulturpolitische Forderungen** zur Bedeutung der Kultur in der Energiekrise beschlossen. Darin wird die Bereitschaft zu signifikanten Energieeinsparungen durch die Kultureinrichtungen unterstrichen und Priorisierungen im Fall einer Gasnotlage thematisiert. Darüber hinaus haben Bund, Länder und die Kommunalen Spitzenverbände **gemeinsame Empfehlungen** verabschiedet. Ziel der Empfehlungen ist es, für den Fall einer reduzierten oder unterbrochenen Energieversorgung über Kriterien zu verfügen, mit deren Hilfe Kultureinrichtungen als Teil der Kritischen Infrastrukturen des Bundes und der Länder identifiziert werden können.